

Antworten von

Kathrin Anders | Bundestagsdirektkandidatin für den Wahlkreis 177
Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Eingegangen am 03.08.2017

Frage 1 FHBV **Sind oder waren Sie ehrenamtlich in einem Bereich der Flüchtlingshilfe engagiert? Was hat Sie bewogen dies zu tun oder auch nicht?**

Kathrin Anders Seit vielen Jahren habe ich immer wieder Kontakt mit Organisationen der Flüchtlingshilfe. Ich selbst bin passives Mitglied in Ihrem Verein. Als Sozialpädagogin an einer Grundschule arbeite ich intensiv mit geflüchteten, zum Teils schwer traumatisierten, Kindern. Im Rahmen meines Unterrichts fördere ich deren Integration in das Schulleben. In enger Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Behörden, berate ich auch die Eltern dieser Kinder. Diese Tätigkeit geht weit über die übliche Unterrichtszeit hinaus, da besondere Ereignisse besonderes Engagement bedürfen. Auch in meiner Vorstandstätigkeit bei FAB e.V. spielt das Engagement für Geflüchtete eine große Rolle. Als größter Anteilseigner von FAB gGmbH unterstützen wir aktiv die aktuelle Unternehmenspolitik von FAB und deren großes Angebot an Integrations- und Qualifikationsmaßnahmen für geflüchtete Menschen. Leider sind meine zeitlichen Ressourcen aufgrund meines politischen Engagements, meiner vollen Berufstätigkeit und meinen eigenen drei Kindern sehr erschöpft. Deshalb ist es mir leider nicht möglich, in der Flüchtlingshilfe vor Ort aktiv zu sein.

Frage 2 FHBV **Was halten Sie von der Behauptung, dass die zivilen Seenotretter im Mittelmeer das „Geschäft der Schlepper“ betreiben würden?**

Kathrin Anders Einige wollen denjenigen die Verantwortung für das Massengrab im Mittelmeer zu schieben, deren einzige Aufgabe es doch ist, Menschen auf Hoher See vor dem Ertrinken zu retten. Anstatt Menschen für ihren selbstlosen Einsatz zu danken, werden ausgerechnet diese humanitären Helferinnen und Helfer zu angeblichen Handlangern krimineller Schleuser gebrandmarkt. Seenotretter dürfen nicht kriminalisiert werden. Dies machte unsere Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckhardt in einem offenen Brief an Innenminister Thomas de Maizière sehr deutlich. Es ist ein humanitäre Akt, Menschen in Not zu retten. Die europäische Gemeinschaft ist dazu alleine anscheinend nicht in der Lage. Deshalb braucht es weiterhin die zivilen Seenotretter, die mein vollste Wertschätzung und Hochachtung bekommen. Alle Kinder, mit denen ich bisher gearbeitet habe wurden aus dem Mittelmeer gerettet. Die Schicksale dieser Familien kenne ich gut. Diese Menschen sind dankbar für Ihre Rettung und wir sollten es auch sein. Jedes dieses Kinder ist eine Bereicherung für unsere Klassengemeinschaft und auch für unsere Gesellschaft.

Frage 3 FHBV **Wie möchte Ihre Partei und Sie persönlich die Fluchtursachen in den afrikanischen Ländern bekämpfen?**

Kathrin Anders Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, die strukturellen Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen langfristig zu beheben. In der globalisierten Welt hilft es dabei wenig, wenn alle mit dem Finger auf die anderen zeigen. Fluchtursachenbekämpfung heißt deshalb für uns GRÜNE zunächst nach der eigenen Verantwortung zu fragen.

Wir in Europa exportieren Rüstungsgüter in Krisengebiete, überfischen die Weltmeere und nehmen in Kauf, dass unsere Agrarexporte andernorts die Existenzgrundlage von Bäuer*innen zerstören. Die Ursachen von Flucht und Vertreibung lassen sich weder mit höheren Zäunen noch mit Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten lösen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für eine kohärente internationale Politik ein und fordern strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen Entwicklungsziele vorgeben. Wir werden die ärmsten Staaten bei der Anpassung an Klimaveränderungen entschieden unterstützen. Und wir brauchen eine faire Handelspolitik.

Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten mit hochproblematischer Menschenrechtsslage werden wir stoppen.

Die EU muss mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege beitragen, vorrangig im Rahmen der Vereinten Nationen. Zivile Krisenprävention wird daher ein zentrales Feld grüner internationaler Politik bleiben. Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über eine Milliarde Euro stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World Food Programme brauchen zudem eine dem Bedarf entsprechende stabile Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan, Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die internationale Gemeinschaft darf diese Länder aus humanitären Gründen nicht im Stich lassen.

Frage 4 FHBV **Viele Bürgerinnen haben für geflüchtete Verwandte eine Verpflichtungserklärung abgegeben. Ihnen wurde in Aussicht gestellt, dass sie nach deren Anerkennung aus der Verpflichtung entlassen würden. Trotz Anerkennung des Flüchtlingsstatus bei diesen Geflüchteten werden die verpflichteten Bürgerinnen von Seiten der Jobcenter weiterhin zur Kostenerstattung, insbesondere Sozialleistungen aufgefordert; dabei werden häufig fünfstellige Beträge fällig. Was werden Sie und ihre Partei tun, damit solche Bürgerinnen nicht über Gebühr individuell belastet werden?**

Kathrin Anders Im Rahmen der Hessischen Aufnahmeordnung zur Einreise syrischer Flüchtlinge haben Helferinnen und Helfer Erklärungen abgegeben, in welchen sie sich verpflichten, für den Lebensunterhalt der betreffenden Flüchtlinge aufzukommen. Dieses besondere Engagement schätze ich sehr. Viele dieser Geflüchteten haben einen Asylantrag gestellt mit der Folge, dass ihnen auf Grund der Situation in Syrien in der Regel die Flüchtlingseigenschaft ausgesprochen wurde. Wie zahlreiche andere Bundesländer hat Hessen in der Vergangenheit die Rechtsauffassung vertreten, dass die Verpflichtungserklärung mit der Anerkennung als Flüchtling erlischt. Die Bundesregierung vertritt die gegenteilige Rechtsauffassung; das Bundesverwaltungsgericht hat diese Rechtsauffassung im Januar 2017 bestätigt. Die hessische Landesregierung hat sich mehrfach an die zuständigen Bundesbehörden gewandt mit der

Forderung, auf die Inanspruchnahme der Verpflichtungsgeber zu verzichten oder diese auszusetzen. Das SPD-geführte Bundesministerium für Arbeit und Soziales war dazu leider nicht bereit.

Diese Regelung schwächt das Engagement der Zivilgesellschaft und fördert Mißtrauen. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für den Verzicht dieser Forderungen des BAMFS ein.

Das hessische Innenministerium geht schon jetzt jedem Einzelfall nach und etwaige Ansprüche unter wohlwollender Auslegung der Regelungen zur Amtshaftung und zur Entschädigung aus Billigkeitsgründen. Damit wurde unter Grüner Regierungsbeteiligung ein Weg gefunden, der eine Entschädigung derjenigen ermöglicht, die die Verpflichtungserklärung im Vertrauen auf die Rechtsauffassung des Landes abgegeben haben.

Frage 5 FHBV

Wie werden Sie die vielen tausend Ehrenamtler im Land in der Flüchtlingsarbeit in den nächsten Jahren motivieren? Haben Sie sich persönlich über die Arbeit von ehrenamtlichen Tätigen in ihrem Wahlkreis informiert und wenn ja, wie?

Kathrin Anders

Die Motivation der vielen ehrenamtlichen Helfer*innen sehe ich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehört unter anderem, dass Politiker*innen auf allen Ebenen die Sorgen und Einwände der Engagierten hören und ernstnehmen.

Nach der auf Soforthilfe ausgerichteten Willkommenskultur, ist es wichtig ebenso wichtig, das Engagement in eine auf Dauer angelegte Willkommensstruktur zu überführen. Wir brauchen daher auch vonseiten der Politik mehr Engagement für das Engagement.

Langfristige, verlässliche und unbürokratische Förderung muss jetzt her, damit sich die Lust am Engagement nicht in Frust verwandelt. Deswegen schlagen wir Grüne vor, die vor Ort bestehenden Engagementstrukturen und das professionelle Freiwilligenmanagement zu stärken, und zwar durch die Förderung kommunaler Koordination.

Wir Grüne wollen eine vom Bund bereitgestellte zentrale Onlineplattform. Supervision und Fortbildung für Engagierte gilt es auszubauen und zu fördern, und es muss geprüft werden, ob Weiterbildung für das Engagement auch als Bildungsurlaub anzuerkennen ist. Es ist wichtig, die zivilgesellschaftlichen Initiativen vor rassistisch motivierter Hetze und Gewalt schützen; denn dies dürfen wir als demokratische Gesellschaft nicht hinnehmen.

Wir Grüne wollen die Engagierten schützen und die Initiative finanziell absichern, und wir brauchen ein bundesweites Opferberatungsstellennetz. Ebenso braucht es für die Geflüchteten einen unkomplizierten Zugang zu Vereinen und zu den Freiwilligendiensten, und wir müssen dafür sorgen, dass durch ihr Engagement keine Nachteile im Asylverfahren entstehen.

Anträge von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe mit diesen Forderungen wurden von der großen Koalition in der Vergangenheit abgelehnt.

Ich persönlich stehe in regelmäßigen Austausch mit Flüchtlingshelfern meines Wahlkreises. Auch bei einem Besuch Ihres Vereins mit dem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag Mathias Wagner hat mir neue Einblicke, Denkanstöße und Impressionen geben können.